

POSTEINGANG

Zum Bericht „**CDU-Unternehmer fürchten Finanzkollaps**“ über die öffentlich geäußerte Sorge des CDU-Wirtschaftsrats um die Staatsfinanzen, FTD vom 24. März

**Jahrelang dieselbe Politik**

Der CDU-Wirtschaftsrat als äußerst arbeitgeberfreundliches Gremium sollte nicht vergessen, dass seinen Wünschen in den letzten Jahren von allen Regierungen nachgekommen wurde: Senkung von Einkommen- und Unternehmenssteuern, Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen, dauerhaftes Lohnrücken, Druck auf „faule“ Arbeitslose zur Aufnahme auch unwürdiger Jobs, Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, Überwälzung von Preissteigerungen des Gesundheitswesens auf Arbeitnehmer, Einstieg in private Zusatzversicherungen zulasten der Arbeitnehmer usw.

Außerdem wurde die massive Deregulierung des Finanzsektors propagiert, und ihr wurde schon unter Rot-Grün entsprochen. Deswegen mussten neulich 480 Mrd. € zur Bankenrettung mobilisiert werden. Wegen all dieser Einzelpunkte befindet sich Deutschland in der stärksten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren; deswegen sinken die Steuereinnahmen, während die Sozialausgaben wegen steigender Arbeitslosigkeit explodieren.

Conny Höntzsch, Berlin

Zum Gastkommentar „**Ein Volk von Privatpatienten**“ von Ulrich van Suntum über den Umbau des Gesundheitssystems, FTD vom 24. März

**Mehr Eigenverantwortung**

Die beiden Hauptprobleme des Gesundheitswesens sind steigende Kosten durch, erstens, die demografische Entwicklung und, zweitens, den medizinisch-technischen Fortschritt. Die Lösungen: erstens, Umwandlung der Krankenversicherung in eine kapitalgedeckte Versicherung. Und zweitens, mehr Ei-

genverantwortlichkeit und Eigenbeteiligung der Versicherten (mit Sozialausgleich).

Das heißt: Über das – oft besonders teure – letzte Quäntchen diagnostischer Sicherheit oder therapeutischer Möglichkeit muss der Patient unter auch ihn selbst betreffenden Kosten-Nutzen-Erwägungen entscheiden (können). Ob einkommensabhängige oder einkommensunabhängige Prämien erhoben werden, betrifft die Lohnnebenkosten und damit das Wirtschaftsressort, ist für die Perspektive des Gesundheitswesens aber unwesentlich.

Dr. Gerald Gronke, per E-Mail

**Es fehlt der Markt**

Der Autor hat das wichtigste Kriterium eines „Privatpatienten“ vergessen: Dass dieser als selbst bestimmende Persönlichkeit gemäß Artikel 2 GG dem „Erbringer von Gesundheitsleistungen“ gegenübertritt und sein Geld selbst bezahlt wie auch beim Kaufmann oder Autohändler.

Diese Bezugsscheinwirtschaft oder Kreditkartenillusion dient doch nur der Verschleierung der wahren Verhältnisse und verschafft den Anbietern eine grundgesetzwidrige Monopolstellung. Hier fehlt die viel beschworene Marktwirtschaft wie das Wasser in der Wüste.

Gesundheit kann da nicht entstehen und Krankheit nicht verschwinden. Da das gewollt ist, damit die Quelle des Profitstrebens nicht versiege, wird sich so schnell nichts ändern.

Dr. med. Gerhardus Lang, Bad Boll

LESERBRIEFE

Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: leserbriefe@ftd.de; per Fax: 040/31990-337 oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg, Kennwort: Leserbriefe

# Der verunsicherte Präsident

Mitten in einer tiefen Sinnkrise der bundesrepublikanischen Gesellschaft lässt der Bundespräsident jede Gestaltungskraft vermissen. Das ist ein schwerer Verlust für das politische System **VON WERNER WEIDENFELD**

Sarkasmus und Ironie beherrschen die Szene, wenn in diesen Tagen die Rede auf den Bundespräsidenten kommt. Seit Monaten ist die Republik in einer schwierigen Lage: von der Finanzkrise bis zum sexuellen Missbrauch von Kindern fehlen überzeugende Erklärungsmuster aus Politik und intellektuellem Leben. Schwere Stilverletzungen in der Politik grassieren, und der Präsident schweigt über Monate. Dann bemerken dies die Medien. Zwei Tage lang moniert die Presse – schon springt der Präsident folglos in die Arena. Er wählt ein Magazin als Ort seiner Darlegung, nicht gerade das Podium relevanter Prägnanzen.

Vom Platz medialer Flüchtigkeit aus hat noch kein Bundespräsident in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Relevanz erhalten. Weder die damaligen Showauftritte von Walter Scheel „Hoch auf dem gelben Wagen“ noch die Berichte von den Wanderungen Karl Carstens' oder die Systemreformen von Horst Köhler in Sabine Christiansens Talkrunde haben eine politische Spur hinterlassen. So wird es auch dem aktuellen Stammtischgeplauder für das Magazinpublikum ergehen. In dieses Zermürbungsgeplätscher hat sich der Präsident selbst begeben. Sonderlich würdevoll erscheint dies von keiner Seite.

Man könnte es sich als Kritiker leicht machen. Der Präsident produziert viel Material für Satire. Auch die internen Querelen mit bunten Personalkonsequenzen im Bundespräsidialamt gehören dazu. Aber dafür ist das Thema zu ernst. Die präsidialen Konjunkturen

in der öffentlichen Wahrnehmung sind präzise unterscheidbar: Köhlers Popularitätshoch begann, weil er nicht als Produkt der Politikapparate erschien. Zu seiner Nominierung kam es, weil Angela Merkel Wolfgang Schäuble verhindern wollte, den politischen Favoriten. Schäuble war der typische Repräsentant der politischen Maschinerie. Als Alternative wurde jener Präsident des Weltwährungsfonds in Washington aus dem Hut gezaubert. Zwar hatte er zuvor in Deutschland eine Technokraten-

Dann aber traten die drängenden Probleme wieder in den Vordergrund. Die politische Klasse bot keine Antwort an. Der sehnsuchtsvolle Blick der Öffentlichkeit richtete sich auf den Bundespräsidenten. Der aber wurde als schweigend wahrgenommen.

Das ist ein interessantes Phänomen: Er arbeitete wie üblich. Er schüttelte Hände, verlieh Orden, hielt Jubiläumsreden und Eröffnungsansprachen. Offenbar fehlte diesen Handlungen für die Öffentlichkeit jede Relevanz. Als ihm die Medien dies mit ihren Nachfragen vor Augen führten, stürzte sich der Präsident in medialen Aktivismus. Die Reaktion darauf kann weder ihn noch sonst jemandem befriedigen.

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland gibt dem Bundespräsidenten eine Schlüsselrolle. Jenseits der tagespolitischen Details braucht die Republik klare Orientierungen und deutliche Haltpunkte: Da ist die politische und kulturelle Verortung des Bundespräsidenten von hoher Bedeutung. Jede Gesellschaft sucht nach einer solchen Verankerung. Diese Position sui generis, diese Aufgabe klärender Selbstwahrnehmung jenseits des Tageskampfs ist für die Stabilität eines politischen Systems unverzichtbar.

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist nicht zuletzt ableitbar aus einer sensiblen Balance der gestaltenden Schlüsselinstitutionen: Bundestag und Bundesrat mit ihrer Gesetzge-

bungskompetenz; die Bundesregierung mit ihrem unauf lösbaren Dreiklang aus Richtlinienkompetenz, Ressortverantwortung und Kabinettsprinzip; das Bundesverfassungsgericht, das mehr und mehr eine politische Gestaltungsaufgabe wahrnimmt. Aber der kontextuelle Rahmen ist vom Bundespräsidenten politisch und kulturell auszufüllen. Sein Gespür für die Probleme und Herausforderungen der politischen Kultur ist unverzichtbar, will das politische System seine formgebende Vitalität verstetigen.

Die Geschichte bietet reichhaltige Anschauungsmaterial für die gelungene Amtswahrnehmung des Bundespräsidenten. Die unmittelbare Nachkriegsverortung der Bundesrepublik war nur schwer vorstellbar ohne Theodor Heuss als wichtige kulturelle Ergänzung Konrad Adenauers. Die sensible Wahrnehmung deutscher Geschichte und Identität vermittelte Richard von Weizsäcker. Der Aufbruch in die Reform-Ära wurde von Roman Herzog eröffnet.

Und heute? Die Republik ist tief verunsichert. Sie taumelt auf der Suche nach langfristiger Lösungsperspektive. Der Bundespräsident schließt sich alledem an. Er erscheint ebenfalls tief verunsichert. Vielleicht hilft es dem Präsidenten, ein Gespräch mit seinen Vorgängern über Auftrag und Möglichkeit des Amtes zu führen. So oder so – die Republik braucht einen selbstgewissen Präsidenten.

**WERNER WEIDENFELD** ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München.

**Jenseits der Tagespolitik braucht das Land klare Orientierungen**

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist nicht zuletzt ableitbar aus einer sensiblen Balance der gestaltenden Schlüsselinstitutionen: Bundestag und Bundesrat mit ihrer Gesetzge-

IMPRESSUM

Die **Financial Times Deutschland** ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen.

**Sprecher des Chefredakteurskollegiums:** Steffen Klusmann  
**Chefredakteure:** Stefanie Burgmaier (Börse Online), Dr. Nikolaus Forster (Impulse), Steffen Klusmann (Capital, FTD)  
**Stellvertretende Chefredakteure:** Sven Clausen (FTD), Geron Kruse (Börse Online), Alexander Mayerhöfer (Impulse), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)

**Artdirector:** Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Stv.)  
**Geschäftsführende Redakteurin:** Isabelle Arnold  
**Chef vom Dienst:** Cosima Jäckel, Sven Sorgenfrey (Stv.)

**Unternehmen:** Guido Warlimont (Ltg.), Claus Gorgs (Stv.), Jörn Paterak (Stv.), Ulf Brychcy (Reporter), Jenny Genger (Industrie und Dienstleistungen), Melina Bergermann, Georg Dahm, Birgit Dengel, Hanna Grabbe, Henning Hinze, Margret Hucko, Gregor Kessler, Léonard Klimm, Lutz Knappmann, Volker Kühn, Jennifer Lachman, Björn Maatz, Arndt Ohler, Martin Ottomeier, Andrea Rungg, Nicolas Schöneich, Nikos Späth, Kristina Spiller, Thomas Wendel (Reporter), Kathrin Werner

**Politik:** Andreas Theysen (Ltg.), Dr. Arne Delfs (Deutsche Politik), Ines Zöthl (Ausland), Christian Schüttele (Chefkolumnist), Timo Pache (Lit. Red.), Max Borowski, Michael Carlin, Claudio De Luca, Benjamin Dierks, Monika Dunkel, Nikola Fichtner, Andreas Große Halber, Christiane von Hardenberg, Claudia Kade, Nils Kreimeier, Mathias Ohanian, Maik Rademacher, Kai Schöneberg, Thomas Steinmann, Jens Tartler, Stefan Tillmann, Friederike von Tiesenhausen, Marina Zapf, Joachim Zepelin

**Finanzen:** Tim Bartz (Ltg.), Ina Lockhart (Ltg.), Jörg Berens (Das Kapital), Christian Rathmann (Finanzmärkte), Christian Kirchner (Lit. Red.), Elisabeth Atzler, Herbert Fromme, Ute Göggelmann, Doris Grass, André Kühnlenz, Rolf Lebach, Nina Luttmann, Matthias Pindter, Wolfgang Proissl (Chefkorrespondent), Mareike Scheffer, Meike Schreiber, Mark Schrörs, Sarah Speicher-Utisch

**Geld:** Jochen Mörsch (Ltg.), Helmut Kipp (Stv.), Wolf Brandes (Produkte), Tobias Aigner, Grit Becken, Renate Daum, Emmeran Eder, Sebastian Ertinger, Erich Gerbi, Edmond Haidt, Ludwig Heinz (Koordination Anlagestrategie), Markus Hinterberger, Dennis Kremer, Marcus von Landenberg, Britta Langenberg, Bernd Mikosch, Hans-Jürgen Möhring (Koordination Portfolio), Maximilian Pisacane, Nikolaus von Raggamby, Martin Reim, Jutta Reuffer, Karsten Röbisch, Daniel Sarenz, Tobias Schorr, Patrick Schroth, Lars Winter

**Electronic Media:** Dr. Anton Notz (Ltg.), Joachim Dreyklüft (Nachrichten), Thomas Schmoll (Stv.), Martin Viertel (Multi-media), Andreas Albert, Tobias Bayer, Kai Beller, Annette Berger, David Böcking, Matthias Brügge, Gregor Haake, Martin Hintze, Corinna Kreiler, Kai Makus, Christine Mai, Sabine Meinert, Jürgen Naskrent, York Runne, Sven Schirmer, Laetitia Seybold, Jennifer Thiede, Franz-Georg Wenner

**Nachrichten:** Philipp Jaklin (Ltg.), Dr. Dirk Burmester, Heinz-Roger Dohms, Martin Scheele (Köpfe und Karrieren)

**Agenda:** Christian Baulig (Ltg.), Horst von Buttlar (Stv.), Lukas Heiny, Jarka Kubsova, Reporter: Jens Brambusch, Nina

Klöcker, Matthias Lambrecht, Andrzej Rybak, Lorenz Wagner, Online-Agenda: Nina Jauker, Out of Office: Nikolaus Röttger (Koordination), Katrin Köthes, Rainer Leurs (Weekend), Matthias Oden, Anja Rützel, Dr. Willy Theobald (Kultur); Bildung: Marion Schmidt; Mittelstand: Michael Prellberg (Ltg.), Antonia Götsch, Jonas Hetzer, Claus Hornung, Rudolf Kahlen (Lit. Red. Spezial), Christian Litz, Katja Michel; Recht & Steuern: Andreas Kurz (Koord.), Elke Spanner; Kommentar: Ulrike Sosalla (Ltg.), Ruth Fend, Falk Heunemann, Stefan Kaiser; Sport: Elke von Berkholz, Axel Kintzinger; Lifestyle: Susanne Klein (Redaktionsleitung how to spend it), Bianca Lang-Bognár, Siems Luckwaldt (Fashion & Beauty Director), Helmut Monkenbusch, David Schumacher

**Chefökonom:** Thomas Fricke  
**Redakteure beim Chef vom Dienst:** Petra Boehm, Bodo Drabza, Claudia Hönc, Eva Weikert

**Lektorat:** Astrid Froese (Ltg.), Cornelius Busch, Dagny Hildebrandt, Inger Hoffmann, Ole Schnoor  
**Übersetzungen:** Matthias Schulz (Ltg.), Katrin Günther, Manfred Schnitzlein  
**Layout:** Andreas Demski, Julia Dente, Barbara Exner, Anja Hagenbuch, Dana Hofmann, Felix Irurozqui, Bettina Janietz, Malte Knaack, Christopher Nie, Ingolf Sauer, Olaf Schmidt

**Infografik:** Andreas Mohrmann (Ltg.), Petra Ehrhorn (Datenrecherche), Lisa Bucher, Benedikt Grotjahn, Klaus Neumann, Liliane Oeko, Nikola Pieper  
**Bildredaktion:** Peter Raffelt (Ltg.), Jose Blanco (Stv.), Heike Burmeister, Nina Lempe, Sönke Mones, Anke Muscat, Maxim Sergienko, Carina Weirauch

**Bildbearbeitung:** Frank Eberle (Koordination), John Greve, Wolfgang Scherer, Eric Tscherne, Judith Walgenbach  
**Beilagen:** Volker Bornmann (Ltg.), Dr. Hilfrud Bontrup, Johanna Hergt, Johanna Luttorf, Thomas Strohm; Layout: Nicolai Gogoli, Andreas Voltmer; Bildredaktion: Florian Kraska

**Redaktionsassistenten:** Annika Dröge, Frank Jäckel, Svenja Jaenicke-Röttger, Daniela Kroker, Anita Krüger, Jana Lübberstedt, Julia Ohlig, Solveig Prüter, Anett Pürstner, Cornelia Thiede  
**Korrespondenten Inland:** Düsseldorf: Kirsten Bialdiga, Michael Gassner; Frankfurt am Main: Klaus Max Smolka; München: Angela Maier, Gerhard Hegmann; Stuttgart: Heimo Fischer

**Korrespondenten Ausland:** Brüssel: Peter Ehrlich (Ltg.), Dr. Claus Hecking, Reinhard Schulze-Höninghaus; New York: Matthias Ruch; Paris: Lutz Meier  
**Freie Mitarbeiter:** Andreas Büchler, Nele Husmann, Thomas Jahn (New York), Antonia Klotz, Titus Kroder (London), Helene Laube (San Francisco), Stefan Mayriedl, Silke Mertins (Jerusalem), Volker Müller (Neu-Delhi), Dr. Joachim Müller-Soares, Sabine Muscat (Washington), Christian Scheid, Andreas Schuck, Andrea Tauber (Mailand), Brigitte Wallstabe-Watermann, Claudia Wanner (Hongkong)

**Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Steffen Klusmann.** Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

**Verlag:** G+J Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG  
**Geschäftsführer:** Dr. Bernd Buchholz, Ingrid M. Haas  
**Verlagsleitung:** Jan Honsel, Dr. Albrecht von Arnswaldt  
**Gesamtanzeigerleiterin:** Helma Spieker  
**Anzeigenleiter:** Jens Kauerauf (FTD, htsi, enable), Martina Hoss (Capital, impulse, BÖRSE ONLINE)

**Marketing und Business Cooperations:** Antje Fitzner  
**Leiter Herstellung:** Matthias Richter  
**Vertrieb:** DPV Deutscher Pressevertrieb, Vertriebsleitung: Marco Grafitti, Düsternstr. 1-3, 20355 Hamburg

**Abopreise:** Inland (inkl. MwSt.): € 39,90 pro Monat, € 478,80 pro Jahr, Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung: € 19,95 pro Monat, € 239,40 pro Jahr; Lieferung jeweils frei Haus, Auslandspreise auf Anfrage; Abonnements können nach Ablauf des vereinbarten Bezugszeitraums zum Monatsende gekündigt werden, wenn dem Verlag die Kündigung bis zum 15. des Monats schriftlich vorliegt. Die FTD erscheint bösartig montags bis freitags. Erscheint die Zeitung durch höhere Gewalt oder Streik nicht, besteht kein Anspruch auf Entschädigung.  
**Abobestellung:** FTD-Kundenservice, 01042 Dresden, Tel.: 0800/080 81 82\*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: 0800/087 88 89\* \* Anruf bzw. Fax kostenfrei; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de

**Nachdruckrechte/Syndication:** Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination: Petra Martens, Anfragen: Isabella Kamauf, Tel.: 040/37 03-2590, E-Mail: kamauf.isabella@picturepress.de

**Anzeigenabteilung:** Tel.: 040/319 90-279, Fax: -214, E-Mail: media@ftd.de; Anzeigen-/Druckunterlagenchluss: ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr

**Verlag und Redaktion Hamburg:** Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg Brieffach 02, 20444 Hamburg Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310

**Redaktion Frankfurt:** Nibelungenplatz 3, 60318 Frankfurt am Main, Tel.: 069/15 30 97-0, Fax: -50

**Redaktion Berlin:** Friedrichstraße 60, 10117 Berlin Tel.: 030/220 74-0, Fax: -150

**Leserservice:** 040/319 90-550, wöchentl. 10-13/14-17 Uhr, leser-service@ftd.de

**www.ftd.de ISSN 1615-4118**  
„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ und „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

**Druck:** Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M

## Neues Exportmodell, leicht gemacht

Deutschlands wirtschaftspolitische Gralshüter schüren die Angst vor einer Abkehr vom Dogma stetig steigender Handelsüberschüsse. Dabei wäre eine Korrektur weder schwer noch gefährlich



THOMAS FRICKE

In Deutschland übers Exportmodell zu reden ist so, wie mit dem Vatikan die Homöe zu erörtern. Schwierige Sache. Dabei ist im Exportfall klar, dass zumindest eins nicht geht: dass eine Wirtschaft fast nur noch dank steigender dreistelliger Milliardenüberschüsse zwischen Export und Import wächst. Da kracht es irgendwann im Rest der Welt, und da wird man heillos abhängig, was selbst die OECD an den Deutschen kritisiert.\*

Die Frage sollte eher sein, ob und wie sich der Trend der vergangenen zehn Jahre beheben lässt – und ob die Deutschen dafür ihre gesamte Wirtschaft umkremeln müssen, wie Verfechter des alten Modells hastig mutmaßen, um jedwede Kritik gefährlich wirken zu lassen.

**Erfolgsformel Nichtstun**

Völliger Quatsch. Deutschland war auch vor zehn Jahren schon eine tolle Exportnation, mit prima Maschinenbauern und Autos. Nur machten Exporte damals verträgliche 30 Prozent der Wirtschaftsleistung aus – nicht fast 50 Prozent wie 2008. Und es gab noch keinen Überschuss von fast 200 Mrd. € wie 2007. Da hat es nach 2000 einen Bruch gegeben, eine ganz neue Dimension einseitiger Exportabhängigkeit.

Gewagt ist die Entschuldigung, die sich Vertreter deutscher Wirtschaftspolitik ausgedacht haben: dass das nun mal in der Wirtschaft passiert und die Politik nichts dafür könne. Wow. Seit spätestens 2001 ist hier kein Jahr vergangen, in dem Regierungen nicht eingegriffen und etwas beschlossen haben, was Kosten senkt, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit trotz beschleunigter Exportzuwächse noch mal steigert – und als Kehrseite Einkommen und Importkonkurrenz bremst: von der Ökosteuer im Tausch gegen sinkende Lohnnebenkosten bis zur Hartz-IV-Reform, die zu stärkerem Lohnruck führte. Immer die gleiche Stoßrichtung.

Beim Mehrwertsteuercoup 2007 wurde eine Steuer erhöht, die erstens 20 Mrd. € Kaufkraft zerstörte und zweitens auch ausländische Importeure zahlen müssen – um damit, raten Sie mal, Lohnnebenkosten zu senken, was nur hie-

sige Unternehmen entlastet. Eine Art ordnungspolitisch korrekter Protektionismus. Ziemlich frech, jetzt zu tun, als habe sich das Gefälle von Export und Import einfach ergeben.

In dem Befund steckt allerdings auch, was man tun könnte, um die Wirtschaft ausgeglichener wachsen zu lassen. Zum Teil: einfach nichts. Es wäre genauso absurd, ins andere Extrem zu fallen und, sagen wir, durch Verdreifachung von Hartz IV zehn Prozent Lohnplus zu provozieren (okay, nur ein Scherz) – zumal die Unternehmen damit zu kämpfen haben, dass sie trotz Umsatzeinbruchs in der Krise viel Personal gehalten haben.

Es wäre aber viel gewonnen, einfach aufzuhören, jedes Problem der Welt dadurch beheben zu wollen, dass Deutschland Kosten senkt. Dann würden, anders als nach 2005, bei zunehmender Konjunkturerholung und sinkender Arbeitslosigkeit automatisch die Löhne wieder der Produktivität folgen, so wie das in einer Marktwirtschaft halt ist. Erfahrungsgemäß schauen sich steigende Einkommen und Beschäftigung dann rasch hoch; wie in Frankreich, wo dank robusterer Binnendynamik die Wirtschaft 2009 nur halb so stark schrumpfte wie hier – ohne dass es vorher Lohnexzesse gab. Ohne verschärften Lohnruck durch Hartz und den Steuercoup 2007 wäre es auch in Deutschland nicht zu so einer Schiefelage zwischen Exporteure und Binnendepression gekommen.

Muss man dann noch viel machen? Vielleicht reicht es – wenn die Regierung entlasten will –, das Geld stärker bei denen ankommen zu lassen, deren Realeinkommen über zehn Jahre nicht mehr gestiegen sind. Oder die Wettbewerbsfähigkeit mal anders zu stärken als über die Defensivstrategie, etablierte deutsche Exporte via sinkende Kosten billiger zu machen. Wie die OECD-Experten schreiben, bräuchte es mehr Innovationen steuerlich zu fördern oder in Forschung zu investieren – was erst mal Geld kostet und steigende Investitionen hier benötigt. Vorteil: Anders als beim Kostensenken

würde im Inland per se mehr ausgegeben – und so auch mehr importiert. Eine Exportstrategie, die auch fürs globale Gleichgewicht gut ist.

Wenn dann Regierungen künftig noch weniger lang zaudern als 2008 Schwarz-Rot, um im Krisenfall Konjunkturpakete aufzulegen, und Europas Zentralbank nicht mitten im Abschwung wie Mitte 2008 noch die Zinsen hebt, stünden die Chancen auf Balance richtig gut.

Das Gruselige ist, dass sich in Deutschland der Glaube hält, jetzt müssten alle tun, was die tollen Deutschen getan haben. Ein naives Verständnis davon, wie Volkswirtschaften funktionieren. Das deutsche Modell hat nur funktioniert, weil es andere gab, die nicht alles aufs Kürzen setzten und so Geld für deutsche Exporte hatten.

Was droht, wenn alle Kosten senken und Mehrwertsteuern anheben, lässt sich erahnen – auch für die Deutschen. Angenommen, die Wirtschaft der Defizitländer wäre von 1998 bis 2007 nur halb so stark gewachsen, läge der deutsche Export heute locker 60 Mrd. € niedriger. Dann würden den Deutschen rechnerisch 2,5 Prozent Bruttoinlandsprodukt fehlen, was bei unveränderter Produktivität den Verlust einer Million Arbeitsplätze bedeutete – wobei nicht mal eingerechnet ist, dass die Deutschen bei erfolgreicher Kostensenkung der anderen zusätzlich Marktanteile verlieren würden. Das ist kein Rezept, sondern ein Desaster.

Es gibt eine Menge Länder, die viel exportieren – ohne Importimplosion. Das haben auch die Deutschen in guten Zeiten geschafft. Dafür muss man die Strukturen der Wirtschaft nicht umkremeln, den Export nicht abbauen. Man muss sich nur vom Dogma verabschieden, dass eine Wirtschaft vom Export allein leben kann.

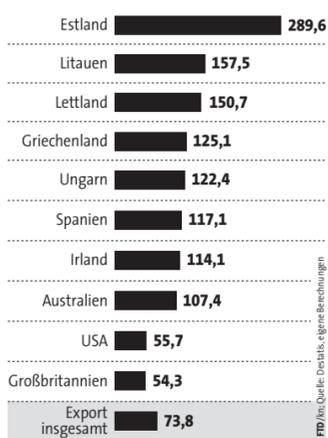
\* siehe Teil eins dieser Kolumne vom Freitag, 26. März

**E-MAIL** fricke.thomas@guj.de

**THOMAS FRICKE** ist Chefökonom der FTD.

**Vom Geld der anderen gut gelebt**

Boom deutscher Exporte in Defizitländern seit 1998 in %



FTD/Quelle: Details, eigene Berechnungen